

Berlin, 3. Dezember 2024

## **Keine Stationierung weitreichender US-amerikanischer Raketen ab 2026 in Deutschland**

### **Beschluss:**

Der Bundesvorstand AG SPD 60plus lehnt die von den USA beschlossene Stationierung weitreichender US-amerikanischer Raketen ab 2026 in Deutschland ab.

Er fordert den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Entscheidung rückgängig gemacht wird und die Bundesregierung eine Initiative zu Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen sowie zur Erneuerung des von Trump 2019 gekündigten INF-Vertrages (Abschaffung aller boden-/landgestützten Nuklearraketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 km) ergreift.

Diese Forderung soll in das SPD-Wahlprogramm für die vorgezogene Wahl des Deutschen Bundestages aufgenommen werden.

### **Begründung**

Die vorgesehene Stationierung der landgestützten US-Mittelstreckenraketen ausschließlich im dicht besiedelten Deutschland ab 2026 geht auf eine lange vor dem russischen Überfall auf die Ukraine getroffene einseitige Entscheidung der USA zurück, ohne dass es darüber zuvor in Deutschland eine parlamentarische und gesellschaftliche Diskussion gab.

Die tief in russisches Gebiet reichenden Waffen lösen einen gefährlichen Rüstungswettlauf aus, der Deutschland und Europa, nicht jedoch die USA zum (atomaren) Kriegsschauplatz machen könnte. Die mit konventionellen Sprengköpfen bestückten Tomahawk-Marschflugkörper können vom Radar nur schwer ausgemacht werden und die Hyperschallwaffen mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit minimieren die Möglichkeit einer Abwehr. Das führt zu einem ständigen Alarmzustand auf beiden Seiten und erhöht die Gefahr, dass Deutschland zum Ziel eines (atomaren) Präventivschlags Russlands werden könnte, der - zumal in Krisenzeiten – etwa durch eine Fehlwahrnehmung ausgelöst werden könnte.

Umgekehrt kann die Stationierung solcher landgestützten Mittelstreckenwaffen von Russland als Angriffswaffe wahrgenommen werden. Es entsteht auch bei konventioneller Bewaffnung eine nukleare Eskalationsspirale. Diese Waffensysteme sind Teil der US-Sicherheitsstrategie und der Befehlsgewalt des amerikanischen Heereskommando in Europa unterstellt. Die Stationierung erfolgt, obwohl die 32 Nato-Staaten bereits heute über ein breites Arsenal an luft- und seegestützten Raketen zur Abschreckung verfügen, mit denen auch die russischen Iskander-Raketen in der Enklave Kaliningrad angegriffen bzw. ausgeschaltet werden könnten.

Die Kündigung des INF-Vertrags erfolgte nicht wegen der Bedrohung durch russische Raketen, sondern um der Aufrüstung Chinas mit Mittelstreckenraketen begegnen zu können. Anders als beim Nato-Doppelbeschluss von 1979, der von einer breiten parlamentarischen und gesellschaftlichen Diskussion begleitet wurde, stellt die vorgesehene Stationierung der neuen Raketen die deutsche Politik und die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen.

Die SPD als die Friedenspartei wird nur eine Zukunft haben, wenn sie die Initiative ergreift, um entgegen einer solchen Eskalation zu einer Renaissance von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen beizutragen. Heute wie in den 80er Jahren wird sie dabei auf eine breite Mehrheit in der Bevölkerung bauen können.